

Wer übernimmt die Verantwortung?

Ein Kommentar zur Finanzausschusssitzung am 05. März 2015

„Ich denke, ich mache einen guten Job“, so ließ Bürgermeister Hollatz uns Bürger es bereits schon im September 2013 über die Wümme-Zeitung wissen. Auf der Haushaltsausschusssitzung am 05. März 2015 verstieg sich Bürgermeister Hollatz offensichtlich erneut in diese Selbsteinschätzung, „er mache doch einen guten Job“. Warum sollte sich ein Bürgermeister, der sich so sieht, genötigt sehen, die Summe der jetzt vom Baukonsortium Matthäi vorgelegten Endabrechnungen für die Linie 4 bekannt zu geben? Warum Zahlen nennen, wie hoch der Schuldenberg darüber hinaus durch die noch anstehenden Projekte wie dem Kindergartenneubau Wümmekieker oder einem möglichen Neubau einer Grundschule oder auch der Sanierung aller bestehenden Grundschulen in den kommenden Jahren noch anwachsen wird. Informationen können Bürger und Ratsmitglieder nur verängstigen, davor muss ein Bürgermeister, der einen „guten Job macht“, seine Schäfchen schützen.

Der Stoff, aus dem man das Drama „Niedergang einer Gemeinde“ zaubert, ist ein Bürgermeister, der Bürgern und Ratsmitgliedern Auskünfte verweigert, obwohl das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ihn zur Auskunft verpflichtet, ein Bürgermeister, der eben lieber hinter verschlossenen Türen agiert und wenn öffentlich, dann so verschwurbelt, dass der Bürger nichts mehr versteht und resigniert aufgibt, ein Bürgermeister, der unangenehme Wahrheiten lieber gar nicht erst preisgibt, ein Bürgermeister, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Bürgern vorgaukelt, „die Gemeinde ist gut aufgestellt“.

Auf der Haushaltsausschusssitzung am 05. März 2015 wurde über verschiedene Beschlussvorlagen „stundenlang“ palavert, obwohl sich die Ratsmitglieder einig waren, diese Themen auf die nächste Haushaltsausschusssitzung zu verschieben, weil die Unterlagen wieder einmal die Ratsmitglieder zu spät erreichten. Die existentiellen Themen: Schuldenstand bis 2015, konsolidierter Haushalt 2012 und überplanmäßige Ausgabe für die Linie 4 in Höhe von 160.000 € wurden kommentarlos und eher beiläufig in nicht einmal einer Viertelstunde abgearbeitet, abgesegnet, durchgewunken, wieder einmal.

Vor seiner Wahl zum Bürgermeister erklärte Willy Hollatz in der Wümme-Zeitung am 21.05.2004: „Nur wer Haushaltskonsolidierung als Daueraufgabe begreife, könne Lilienthal wieder auf einen soliden Kurs bringen. **Ich kann und will mich für eine solche Neuausrichtung einsetzen.**“

Das Ergebnis dieser „soliden Neuausrichtung“ des Bürgermeisters Hollatz :

Allein die Schulden des Kernhaushaltes einschließlich der Liquiditätskredite stiegen seit 2007 bis zum 31.12.2014 auf **61.875.765 €**, eine Steigerung um **64,6 Prozent in nur 7 Jahren** (Willy Hollatz trägt seit 2004 in Lilienthal als Bürgermeister die Verantwortung). Addiert man zu den Schulden des Kernhaushaltes noch die Schulden der Eigenbetriebe und der Eigengesellschaften, dann hat Bürgermeister Hollatz zum 31.12.2014 Gesamtschulden von **83.634.720 €** zu verantworten.

Nun zeigt diese Schuldensumme von 83.634.720 € beileibe nicht das ganze Ausmaß der Lilienthaler Schuldenkatastrophe. Lilienthal schiebt notwendige Straßensanierungen aus Geldmangel vor sich her. Während der Bürgermeister sich nicht scheut, ständig darauf aufmerksam zu machen, wie gut die Gemeinde Lilienthal aufgestellt ist, entwickelten sich die ausstehenden Straßensanierungen unbehelligt von in 2012 noch 14.344.000 € auf 15.784.000 € in 2013, um dann 2014 die Rekordsumme von 18.233.000 € zu erreichen.

Auch wenn Bürgermeister Hollatz es nicht wahrhaben will, notwendige, aber in die Zukunft verschobene Sanierungsaufwendungen verlieren ihren Schuldenstatus nicht dadurch, dass man sie in die weite Zukunft verschiebt. Lilienthal hat unter Einbeziehung dieser nicht sanierten Straßenaufwendungen einen Schuldenberg angehäuft, der die noch nie dagewesene Summe von 100.000.000 € überschritten hat.

Wenn die Wümme-Zeitung am 06.03.2015 bemerkt, dass die Kritiker die Linie 4 längst als die Hauptursache des Übels ausgemacht haben, ist das nur die halbe Wahrheit. Die Linie 4 ist nur ein Grund für die exorbitant hohe Schuldenituation der Gemeinde Lilienthal. Die Summe der Schulden auf den Rekordwert von 83.634.720 € hat sich über viele Jahre entwickelt, und die Gründe für diese Schuldensumme sind vielfältig.

Allein in den Haushalts-Jahresabschlüssen wurden im Zeitraum 1996 bis 2013 über 10,104 Mio. € Haushaltsdefizite erwirtschaftet, anders gesagt, seit 1996 erwirtschaftete die Gemeinde Lilienthal jährlich durchschnittliche Haushaltsdefizite von 561.399 €. Trotz einer hervorragenden Einnahmesituation genehmigten Verwaltung und Gemeinderat deutlich höhere Ausgaben, als Einnahmen erwartet wurden. Ein Bürgermeister und ein Gemeinderat verhalten sich unverantwortlich und undiszipliniert, wenn sie über 19 Jahre hinweg trotz überdurchschnittlich hoher Einnahmen so viel mehr ausgeben, dass die Gemeinde über einen Zeitraum von 19 Jahren jährlich 561.399 € Verluste generiert.

Es gab darüber hinaus Projekte, die hohe Schuldenaufnahmen erzwangen. Dazu gehört ohne Zweifel die Umgehungsstraße mit einer Investitionssumme von über 13 Mio €. Diese Investition war unumgänglich, und zu diesem Projekt gab es auch keine Alternative.

Aber es gab eine Vielzahl von Ausgaben, die unnötig waren, weil Fehler gemacht wurden oder die Parteien ihrer Klientel etwas Gutes tun wollten. Da wurde 2002 der Neubau einer Grundschule in Frankenburg aus parteipolitischen Gründen durchgesetzt und nicht weil aufgrund der Schülerzahlen erforderlich (ca. 1.000.000 €). 2005 zahlte die Gemeinde eine Schadenersatzleistung an Hansewasser, weil die Neuorganisation der Schmutzwasserentsorgung nicht zustande kam (ca. 240.000 €). 2006 beschloss der Gemeinderat aus parteipolitischen Gründen die nicht notwendige Erweiterung der Ostlandturnhalle (ca. 585.000 €). 2007 verzichtete die Gemeinde auf die Zahlung der Erschließungskosten für die neue Tennisanlage des TCL (ca. 380.000 €). 2007 musste die Gemeinde an die KWE eine hohe Schadenersatzleistung zahlen, weil Zeitpläne nicht eingehalten wurden (ca. 1.000.000 €). Das sind nur einige wenige Beispiele, die Liste dieser verschwendeten Steuergelder setzt sich Jahr für Jahr bis heute fort.

„Die Kritiker haben die Linie 4 längst als Hauptursache des Übels ausgemacht“, schrieb die Wümme-Zeitung am 06.03.2015. Mit Übel waren wohl die Schulden-situation und die desolote Haushaltsnotlage der Gemeinde gemeint. Ja, das Projekt Linie 4 hat einen großen Anteil an diesem Übel. Übel deshalb, weil die Linie 4 für Lilienthal so unnötig war wie ein Kropf. Es gab und gibt ihn auch immer noch, den öffentlichen Personennahverkehr mit den Buslinien 630 und 670.

Es macht Sinn, den chaotischen Ablauf des Entscheidungsprozesses zur Linie 4 noch einmal in Erinnerung zu rufen. Die Säulen des Projektes Linie 4 sind auf Täuschung, Vertuschung, Falschinformation und auch auf Drohung gegründet. Lilienthal wird keine Ruhe finden, wenn der Entscheidungsprozess zur Linie 4 nicht vollständig aufgeklärt wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

2001 haben alle Fraktionen noch unmissverständlich klargemacht, dass die Linie 4 nicht kommt, wenn die Kosten der Infrastruktur mehr als 4,1 Mio. € betragen würden. Das wurde sogar am 05.11.2007 vom Gemeinderat noch einmal so beschlossen. Drei Jahre später waren es schon 8 Mio. €. Im März 2009 entschied sich der Gemeinderat dann gegen das Projekt Linie 4. Nach massivem Druck durch den Bremer Senat und durch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff kippten am 11.05.2009, also nur zwei Monate später, ein paar CDU-Ratsmitglieder ihre bisherige Überzeugung, und der Rat votierte nun für dieses Projekt.

Im Juni 2013 stiegen die Kosten auf 9 Mio. €, am 04.12.2013 waren es schon 10 Mio. €. Im März 2015 hörte der Finanzausschuss vom Kämmerer die Summe von 10,75 Mio. €.

Zur Erinnerung: Auf dieser Ausschusssitzung am 05. März wurde heftig gestritten, weil Bürgermeister Hollatz nicht bereit war, Auskunft darüber zu geben, wie hoch die Summe für das Projekt Linie 4 denn nun noch werden könnte, nachdem die Linie 4 jetzt 7 Monate in Betrieb ist. Keine Auskunft, so hieß es, über die Summe der Endabrechnung des Baukonsortiums Matthäi. Es gab auch keine Auskunft über mögliche Schadenersatzklagen vom Insolvenzverwalter oder der Firma Walthelm gegen die WBL bzw. gegen die Gemeinde Lilienthal und auch keine Auskunft, ob die Gemeinde ihrerseits Klage gegen Walthelm wegen Schadenersatzforderungen stellen würde.

Es ist unfassbar, nur 10 Tage nach der jüngsten Ausschusssitzung geht der Geschäftsführer der WBL an die Öffentlichkeit und berichtet über Schadenersatzforderungen der Firma Walthelm und über Schadenersatzforderungen der WBL gegen die Firma Walthelm. Unfassbar, jetzt kennen WBL und Gemeindeverwaltung urplötzlich sogar die exakten Beträge der Schadenersatzforderungen. Walthelm fordert unglaubliche 22,4 Mio. €, und die WBL nennt eine Summe von 8,9 Mio. €, die sie dem Insolvenzverwalter vorgelegt hat. Man könnte meinen, wir Bürger leben hier in Lilienthal wie im „Tollhaus“.

Immer noch nicht sind die WBL oder die Verwaltung der Gemeinde bereit, die jetzt vom Baukonsortium Matthäi vorgelegte Summe der Endabrechnung vorzulegen. Wenn die Firma Walthelm 11 Mio. € dafür geltend macht, dass sie das Projekt nicht zu Ende führen durfte, muss man davon ausgehen, dass das Konsortium Matthäi eine ähnlich hohe Summe für die Restarbeiten fordert. Verständlich, dass die Verwaltung keinen Mut hat, diese Summe zu nennen.

Wo wird dieses Projekt Linie 4 landen, bei 12 Mio. € oder vielleicht sogar bei 16 Mio. €?

Damit nicht genug, immer noch nennen WBL und Verwaltung als jährliche Betriebs- und Folgekosten eine Summe von 300.000 € und kokettieren damit, dass diese Summe niedriger sei als die Summe, die seinerzeit für die Buslinien 630 und 670 zu zahlen war. Unerwähnt bleibt immer wieder, dass die Gemeinde Lilienthal über diese 300.000 € auch noch 405.000 € für Abschreibungen zu leisten hat, Zinsen für die aufgenommenen Schulden in Höhe von ca. 270.000 €, für den Betrieb der eigens für die Linie 4 installierten Signalanlagen ca. 50.000 € und für den Weiterbetrieb der Buslinien 630 und 670 ca. 50.000 €. Addiert man diese Beträge zur Gesamtsumme, dann wird Lilienthal für den Betrieb der Linie 4 im Jahr ca. 1.080.000 € zahlen müssen, ca. 740.000 € mehr als für den seinerzeitigen Busbetrieb. Dieser Betrag von ca. 740.000 € muss Lilienthal nun Jahr für Jahr an anderer Stelle einsparen.

Wie verschwurbelt dieses Jahrhundertprojekt sich darstellt, zeigen die Informationen über die prognostizierten Fahrgastzahlen.

Ausgangspunkt waren prognostizierte Fahrgastzahlen von 4.800 täglich, nicht monatlich. Am 01.11. 2014 erklärte der Sprecher der BSAG in einem Artikel in der Wümme-Zeitung, dass die BSAG für Oktober 2014 tägliche Fahrgastzahlen von 3.900 Personen gemessen hätte. Jens-Christian Meyer, Sprecher der BSAG, ließ nicht unerwähnt, dass diese 3.900 eine „gute Zahl“ sei. Nur 10 Tage später vermeldete der BSAG-Vorstandssprecher Hajo Müller schon ein tägliches Fahrgastaufkommen von 5.000 Personen, das die BSAG deutlich früher erreichen wird. Wir, die Wählergemeinschaft, haben ein tägliches Fahrgastaufkommen von 2.800 gezählt. Offensichtlich aufgeschreckt durch diese Zahl, korrigierte die BSAG am 11.03.2015 in der Wümme-Zeitung die ursprünglich genannten Zahlen von 3.900 und 5.000. Sie, die BSAG, hätte im November 2014 3.400 Fahrgäste gezählt, im Dezember 2014 nur 3.500. Die Begründung: Die hohe Fahrgastzahl im Oktober 2014 mit 3.900 Personen wurde nur erreicht, weil in Bremen der Bremer Freimarkt gefeiert wurde.

Es ist schon bedenklich, wenn die BSAG Zahlen nennt, die jeder Statistiker aus der Berechnung aufgrund von Sonderereignissen herausnehmen würde, weil diese Sonderereignisse das Ergebnis verfälschen.

Ebenso unverständlich ist, dass die BSAG meint, es reiche aus, Zählungen mit Straßenbahnen mit eingebauten Lichtschranken dreimal im Monat durchzuführen. Bei täglich 279 Fahrten der Linie 4 (Summe der Fahrten in beide Richtungen ab Bremen-Borgfeld und Falkenberger Kreuz) kann eine Messung mit Zählfahrzeugen dreimal im Monat niemals zu korrekten Ergebnissen und Aussagen führen.

Nun ist die Zahl der täglichen Fahrgäste eben nicht nur eine schlichte Zahl, sondern die Basis für die Berechnung der Fahrgasteinnahmen, und dies wirkt sich wiederum auf die Zuschüsse aus, die Lilienthal an die BASG zu leisten hat.

Da kommt man doch ins Grübeln, wenn ein Fahrgastverband, wie man in der Wümme-Zeitung vom 14.03.2015 lesen konnte, für das Projekt Linie 4 einen Preis vergibt mit der Begründung: Die Gemeinde Lilienthal habe mit ihrem Einsatz zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 über die Stadtgrenze hinaus ins Bremer Umland „einen ganz besonderen Akzent gesetzt“.

Es ist so, Lilienthal hat mit dem Projekt Linie 4 einen besonderen „Akzent“ gesetzt, allerdings eher in Richtung Kostenchaos und weiteren Schuldenaufbau. Wir haben den chaotischen Entscheidungsprozess zum Projekt Linie 4 in einem chronologischen Zeitablauf einmal dargestellt und fügen diese Darstellung diesem Brief bei.